

Umbau der EU-Spitze Die erste Frau und der junge Ratspräsident



Immer die Erste

Geldpolitik Mit Christine Lagarde wird bei der Europäischen Zentralbank wohl ein neuer Führungsstil einziehen – aber keine höheren Zinsen. Von Barbara Schäder

Sag niemals nie. Christine Lagarde hat diesen Ratschlag nicht beherzigt: „Nein, nein, nein, nein, nein“, sagte die Chefin des Internationalen Währungsfonds noch im vergangenen Herbst, als die britische Zeitung „Financial Times“ sie nach einem etwaigen Wechsel zur Europäischen Zentralbank (EZB) fragte. Nun soll die 63-jährige Französin doch die Führung der Notenbank übernehmen. Formal müssen zwar noch der EZB-Rat und das Europaparlament angehört werden, doch nach der schwierigen Kompromissuche in Brüssel dürften diese die Entscheidung der EU-Staats- und -Regierungschefs akzeptieren.

Aller Voraussicht nach wird Lagarde also am 1. November die Nachfolge des scheidenden EZB-Präsidenten Mario Draghi antreten, als erste Frau auf diesem Posten. Diese Rolle kennt Lagarde schon: 1999 war sie die erste Chefin der US-Anwaltskanzlei Baker & McKenzie, nach ihrem Wechsel in die französische Politik stieg sie 2007 zur ersten Finanzministerin in der Gruppe der sieben führenden Industriestaaten auf. Im Kampf gegen die Folgen der weltweiten Finanzkrise stand sie damit an vorderster Front. Das war die Zeit, in der die hochgewachsene, elegante Französin internationales Renommée erlangte. Souverän, schlagfertig und humorvoll – mit diesem Auftreten gewann Lagarde sogar die Sympathie ihres deutschen Amtskollegen Wolfgang Schäuble (CDU), obwohl die beiden politisch nicht immer einer Meinung waren.

Als 2011 der damalige IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn wegen Vergewaltigungsvorwürfen zurücktreten musste, war seine Landsfrau Lagarde eine naheliegende Wahl für die Nachfolge. Doch wenig später holte sie eine Affäre aus der Vergangenheit ein: Als Ministerin hatte sie 2008 einem Schiedspruch zugestimmt, der dem Unternehmer Bernard Tapie eine Entschädigung von 400 Millionen Euro auf Kosten des Staates zugestand. Dass sie diesen Schiedspruch akzeptierte, trug ihr Ermittlungen wegen mutmaßlicher Begünstigung Tapies ein.

Dieser hatte der einstigen Staatsbank Crédit Lyonnais vorgeworfen, ihn 1993 beim Verkauf des Sportartikelherstellers Adidas übervorteilt zu haben. Die Entschädigung des politisch bestens vernetzten Unternehmers wurde 2015 von einem Gericht für ungültig erklärt. Lagarde wurde der „Fahrlässigkeit“ im Umgang mit öffentlichen Geldern für schuldig befunden, ging aber straffrei aus. Ungeachtet des Gerichtsverfahrens wurde sie vom IWF-Exekutivdirektorium 2016 für eine zweite fünfjährige Amtszeit ernannt – mit Unterstützung aus Berlin.

Das hinderte Christine Lagarde allerdings nicht daran, sich mit der Bundesregierung anzulegen: Immer wieder hat die IWF-Chefin von Deutschland höhere Staatsausgaben gefordert, um den Binnenkonsum anzukurbeln und damit den hohen deutschen Leistungsbilanzüberschuss zu verringern. Auch mit Blick auf die Notenbanken plädierte die Französin in den vergangenen Jahren stets dafür, das Geld mit vollen Händen auszugeben: Die hierzulande heftig umstrittenen Entscheidungen der EZB, vom Kauf von Staatsanleihen bis hin zu Minuszinsen, trafen beim IWF auf Beifall. „Lagarde steht als Nachfolgerin Draghis für

Kontinuität“, folgert Grégory Claeys von der Brüsseler Denkfabrik Bruegel. Ähnlich äußerte sich der für Europa zuständige Chefvolkswirt der Fondsgesellschaft DWS, Martin Moryson: „Es spricht vorerst alles für ein weiter lang anhaltendes Niedrigzinsumfeld.“

Da von den niedrigen Zinsen besonders die hochverschuldeten Staaten im Süden Europas profitieren, stieß Lagardes Vergangenheit als Finanzministerin bei einigen Kommentatoren auf Kritik. Sie verweisen auf ein Zitat von 2010. Lagarde soll damals mit Blick auf die Hilfskredite für Griechenland gesagt haben: „Wir haben alle Regeln verletzt, weil wir zusammenhalten und die Eurozone retten wollten.“

Eine Gefahr für die Unabhängigkeit der EZB sehen Kritiker auch darin, dass mit der Entscheidung für die Französin schon der zweite Spitzenposten an eine Persönlichkeit aus der Politik geht: Zum Vizepräsidenten der Notenbank war vergangenes Jahr der ehemalige spanische Wirtschaftsminister ernannt worden.

„Derartige Warnungen gibt es jedes Mal, wenn jemand aus der Politik oder einem Ministerium in eine Notenbank wechselt“, sagt dazu Hans Peter Grüner,

Professor für Volkswirtschaft an der Universität Mannheim. In der Vergangenheit hätten sie sich aber nicht immer bewahrt – schließlich habe auch der heutige Bundesbankpräsident Jens Weidmann, ein entschiedener Verfechter einer unabhängigen Geldpolitik, früher im Kanzleramt gearbeitet. „Auch Frau Lagarde traue ich zu, dass sie sich unabhängig gebildet“, sagte Grüner unserer Zeitung.

Für bedenklich hält er eher, dass Lagarde keine Ökonomin, sondern gelernte Juristin ist: „Für einen EZB-Chef ist schon von Vorteil, wenn er über Theorien des Geldwesens mit den Experten im eigenen Haus auf Augenhöhe diskutieren kann.“

Der DWS-Analyst Moryson glaubt, Lagarde werde mangels eigener Erfahrung als Zentralbankerin stärker auf ihre Kollegen im EZB-Rat hören als ihr Vorgänger: „Mario Draghi hat immer wieder Tatsachen geschaffen, indem er mit zuvor nicht abgesprochenen Aussagen vor die Presse trat. Lagarde hingegen dürfte stärker bemüht sein, ihre Entscheidungen auf den vorigen Konsens des EZB-Rats zu stützen.“ Das immerhin könnte ein Vorteil für interne Kritiker wie Bundesbankchef Weidmann sein, der im Rat über Einfluss, aber keine Mehrheit verfügt.

Für die Suche nach Kompromissen bringe Lagarde die besten Voraussetzungen, sagt Bruegel-Experte Claeys: „Ihr diplomatisches Geschick dürfte sehr hilfreich sein.“ Klar sei allerdings: Wenn in einer Krise schnelles Handeln erforderlich sei, würden sich kontroverse Beschlüsse nicht vermeiden lassen.

Konfliktpotenzial deutet sich bereits an: Der amtierende EZB-Chef Draghi hat Mitte Juni erklärt, wenn die schwächelnde Konjunktur nicht wieder anziehe, würden „zusätzliche Anreize benötigt“. Die EZB könnte die Leitzinsen noch weiter senken, und auch Anleihekäufe blieben eine Option. An den Börsen wetten Anleger bereits darauf, dass Lagarde Draghis Kurs folgen wird: Der deutsche Leitindex Dax und sein Pendant für den Euroraum, der Euro-Stoxx 50, legten nach der Nominierung der Französin deutlich zu.

REAKTIONEN DER FINANZEXPERTEN AUS DEM LAND

Erfahrung Marcel Fratzscher, Präsident des Wirtschaftsintituts DIW, sagte dem „Handelsblatt“: „Lagardes große Stärke ist die enorme internationale Erfahrung und ihr politisches Geschick. Sie ist eine hervorragende Kommunikatorin, die es versteht, sowohl mit Finanzmärkten und Politikern als auch mit Bürgern zu kommunizieren.“

Entscheidung Sparkassenpräsident Peter Schneider gegen-

über der StZ: „Es ist sehr erfreulich, dass mit Ministerin Ursula von der Leyen nach vielen Jahrzehnten wieder einmal eine Deutsche das Spitzenamt in der EU übernehmen soll. Auch die Entscheidung für Christine Lagarde ist positiv. Sie hat als IWF-Chefin bewiesen, dass sie durchsetzungsfähig und entscheidungsfreudig ist. Ich verbinde mit ihr die Hoffnung, dass die Geldpolitik nicht noch expansiver wird.“

Kompetenz Roman Glaser, Präsident des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands (BWGV): „Christine Lagarde ist eine hochqualifizierte, kompetente und sehr erfahrene Fachfrau, die sich bereits in Spitzenämtern bewiesen hat. Für die Sparer in Deutschland hoffen wir sehr, dass endlich ein Ausstieg aus der fatalen und dauerhaft äußerst schädlichen Niedrigzinspolitik eingeleitet wird.“ *agu*

Charles Michel – das Chamäleon

Porträt Der 43-jährige Belgier soll Ratspräsident der EU werden – und profitiert dabei von seinen Kontakten. Von Markus Grabitz

Zum zweiten Mal nach Herman Van Rompuy bekommt ein Belgier das erst 2009 geschaffene Amt des ständigen Ratspräsidenten der EU. Vieleicht ist die komplizierte, permanente zum Ausgleich zwischen den Sprachgruppen verpflichtete belgische Politik die beste Schule für diesen Job, den seit 2014 der Pole Donald Tusk ausübt. Sein Nachfolger, der 43-jährige Charles Michel, hat die Aufgabe, die Treffen der 28 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer zu leiten. Er hat bei den meist einstimmig zu treffenden Entscheidungen selbst keine Stimme. Er muss dafür sorgen, dass die EU bei den Gipfeln, die regulär alle vier Monate in Brüssel stattfinden, nicht nur in Trippelschritten vorankommt, sondern Handlungsfähigkeit unter Beweis stellt. Das ist nicht leicht, weil im Rat, dem zweiten Co-Gesetzgeber der EU neben dem Parlament, häufig die Bremsen sitzen.

Donald Tusk hat Charles Michel eine „Idealbesetzung“ genannt. Vielleicht ist er

das tatsächlich. Der Jurist und Sohn eines belgischen Außenministers, EU-Kommissars und zuletzt EU-Abgeordneter hat in seiner 20-jährigen Politikkarriere erstaunliche Wendigkeit an den Tag gelegt. Es ist ihm, der aus dem französischsprachigen Teil Belgiens kommt, gelungen, auf nationaler Ebene 2014 eine Koalition zwischen den flämischen Nationalisten und seiner liberalen Partei zu schmieden.

Mit 38 Jahren war er der jüngste belgische Regierungschef aller Zeiten. Seine Regierung wurde „Kamikaze“-Koalition genannt, weil die flämischen Nationalisten mehr Abgeordnete hatten, er aber als Vertreter des kleineren Koalitionspartners Ministerpräsident war. Die Regierung hielt fast vier Jahre. Gerade auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise waren von Michel Jonglierkünste gefragt: Sein Koalitionspartner geißelte Merkels „Wir schaffen das“-Ansatz, er selbst formulierte seine Hochachtung, als sie wegen ihrer Flüchtlingspolitik den Ehrendoktor einer



Charles Michel war mit 38 Jahren bereits Regierungschef Belgiens. Foto: dpa/Thierry Roge

belgischen Universität bekam. Michel gilt auch als „Chamäleon“ der belgischen Politik. Anpassungsfähig ja, aber mit einem klaren proeuropäischen Wertegerüst. So trat er als Regierungschef zurück, als die flämischen Nationalisten verhindern wollten, dass Belgien den UN-Migrationspakt in Marrakesch unterschreibt.

Europa trägt eine Mitschuld

Bürgerkrieg 40 Flüchtlinge müssen in Libyen sterben, weil Europa ein zynisches Spiel spielt. Von Thomas Seibert

Die EU trägt eine Mitschuld an dem Tod von mehr als 40 Flüchtlingen beim Luftangriff auf ein Internierungslager in Libyen. Europäische Länder schicken Flüchtlinge in einen Bürgerkrieg zurück und streiten sich über ihren Einfluss in Libyen – mit Blick auf die Ölvorkommen in dem nordafrikanischen Land. Schutzlose Menschen zahlen die Zeche dieses zynischen Spiels. Auch bei den Bemühungen, das blutige Chaos in Libyen zu beenden, gibt Europa kein gutes Bild ab. Italien stützt die Regierung in Tripolis. Frankreich steht hinter Rebellenführer Haftar, der womöglich den Luftangriff auf die Flüchtlinge zu verantworten hat.

Aus Eigeninteresse wollen beide EU-Länder eine Stabilisierung Libyens, damit der Flüchtlingsstrom nach Europa gestoppt und die Ölindustrie des Landes gewinnbringend neu ausgebaut werden kann. Doch ihre Rivalität trägt dazu bei, den Krieg zu verlängern. Dasselbe gilt für den regionalen Machtkampf zwischen der Türkei und Katar auf der einen und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Ägypten und Saudi-Arabien auf der anderen Seite. Die Vereinten Nationen sind hilflos, die Akteure aus Europa und Nahost sind auf die eigenen Vorteile aus, und ein Retter ist nicht in Sicht. Die Lage für die Menschen in Libyen wird wohl eher schlimmer als besser werden.

Kuschelkurs

Korruption Der Regensburger OB ist zwar schuldig gesprochen worden – geht aber straffrei aus. Von Paul Kreiner

Der Korruptionsprozess in Regensburg hat ein unerwartetes Ende genommen: Nicht gegen den Angeklagten richtete sich das Urteil, sondern gegen die Ankläger. Gerüffelt und gedommt geht die Staatsanwaltschaft vom Platz, nicht der amtsenthobene, als korrupt bezeichnete Oberbürgermeister Joachim Wolbergs. Gegen Grundrechte verstoßen haben – nach Auffassung des Gerichts – die Ermittler: Sie haben private Telefonate des Beschuldigten und Gespräche mit seinen Verteidigern belauscht. Sie haben Gehörtes falsch abgeschrieben und dadurch andere belastet, ja gar in Untersuchungshaft gebracht. Und sie haben entgegen ihrer Pflicht nichts gesucht, was den Angeklagten hätte entlasten können.

Gerade weil die Staatsanwälte sich demmaßen in ihre Beute verbissen haben, sah es das Gericht offenbar als seine Aufgabe an, Wolbergs in Schutz zu nehmen. Heraus kam etwas, das man in der Politik als Kuschelkurs bezeichnen würde. Ja, der OB habe wissentlich Geld genommen von einem Baulöwen, der damit „politische Klimapflege“ betrieb. Aber so schlimm sei das nicht gewesen: ein kleiner „Verbotsirrtum“, der straflos bleiben könne. Man soll die Weisheit eines Gerichts nicht an zweifeln, wenn man die Akten nicht im Detail kennt. Aber das Urteil war nicht das letzte Wort in dieser Affäre. So viel steht fest.

Unten Rechts

Scheuer lädt auf

Die Elektromobilität in Deutschland – also die Möglichkeit, emissionsfrei zum Bäcker, Friseur, zur Kita oder zur Geliebten am anderen Ende der Stadt zu fahren – steht auf der Kippe. Es fehlt an sogenannten Ladepunkten. Das Laden solle aber „immer für alle und überall möglich“ sein, sagte Verkehrsminister Andreas Scheuer unlängst. Er weiß genau: Die meisten Deutschen wünschen sich seit Jahrzehnten einen eigenen Ladepunkt, wurden aber immer mit Farbfernsehern oder Toastern abgespeist. Auch Scheuer hat in jungen Jahren wichtige Ladepunkte nicht erreicht, was viele seiner heutigen Äußerungen erklärt.

Doch es gibt auch technische Probleme: In vielen Haushalten sind alle Stromanschlüsse durch Flachbildschirme und Spielkonsolen blockiert. Auch das mysteriöse Verschwinden unzähliger Ladekabel ist nicht aufgeklärt. Schätzungen gehen davon aus, dass die Suche nach Ladesteckern und der Streit darüber, wer sie zuletzt benutzt hat, für 90 Prozent der Fälle häuslicher Gewalt in Deutschland verantwortlich sind. Experten befürchten: Wenn die ersten Familien auf dem Weg nach Süden mit dem Elektroauto den ersehnten Ladepunkt erreichen, dann aber ihr Stromladekabel nicht finden, werde es To-Te geben. *Martin Gerstner*